



Bewerbung für die Landesliste zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Liebe Freund*innen,

nach dem Ende unserer Regierungszeit waren meine letzten drei Jahre Arbeit im Abgeordnetenhaus vor allem von einem geprägt: Dem Kampf gegen das schwarz-rote Haushaltschaos!

Dabei zeigte sich immer wieder: Der Senat von Kai Wegner hat keine Zukunft für Berlin!

Berlin reißt seine Klimaziele, tausende Beschäftigte in sozialen und kulturellen Einrichtungen sind wiederholt von kurzfristigen Kündigungen bedroht und die CDU bläst zum massiven Angriff gegen die progressive Zivilgesellschaft - ob bei Bildungs-, Antidiskriminierungs- oder Projekten im Kampf gegen Antisemitismus.

Wir haben gemeinsam gegen diese kurzsichtige Haushaltspolitik gekämpft: Auf der Straße, im Parlament, in den Bezirken und in vielen hunderten Gesprächen mit denjenigen, die von den Kürzungen betroffenen sind. Und im September machen wir mit dieser Politik Schluss!

Ich will im kommenden Abgeordnetenhaus weiter für eine Haushalts- und Finanzpolitik streiten, die den Unterschied macht zu diesem schwarz-roten Senat! Eine Politik, die in unsere grüne Zukunft in einem klimaneutralen Berlin investiert, die die soziale Infrastruktur als Fundament unseres Zusammenlebens in Berlin absichert und die eine kritische und progressive Zivilgesellschaft als Bollwerk unserer Demokratie fördert.

Dialog statt Kürzungsdiktat – eine neue Zusammenarbeit mit sozialen Trägern etablieren!

Es braucht einen Neustart in der Zusammenarbeit von Politik und Trägern in der Projektförderung. Die Unsicherheit und Kürzungspolitik der letzten Jahre haben Strukturen zerstört, Mitarbeitende ausgelaugt und Vertrauen in Politik erodieren lassen. Wir brauchen eine transparente und verlässliche Zusammenarbeit und Dialog mit den sozialen und kulturellen Trägern über die aktuelle Haushaltssituation, ihre Auswirkungen und den Umgang damit. Dabei liegen Instrumente auf dem Tisch. Im Zuwendungsrechts kann Berlin durch mehrjährige Förderungen und weniger Bürokratie, hohe Millionenbeträge an Verwaltungsaufwand sparen. Mit diesem Geld können wir die soziale Infrastruktur dauerhaft finanzieren und absichern.

Ich streite für eine Politik, die freie Träger als das betrachtet, was sie sind: Ein essentieller und zentraler Bestandteil für den sozialen, gesellschaftlichen und demokratischen Zusammenhalt Berlins.

Denn Grüne Finanzpolitik ist auch immer Sozialpolitik.

Eine Investitionsoffensive für die Zukunft Berlins!

170 Millionen Euro – so viele Fördergelder der EU drohen Berlin bis 2027 verloren zu gehen, weil der Senat keine Ko-Finanzierungsmittel für dringend notwendige Klimaschutzmaßnahmen eingeplant hat! Statt zusätzlicher Investitionen in Milliardenhöhe wie 2023 noch versprochen, erleben wir bei Klima-, Umwelt- und Naturschutz beispiellose Kürzungen. Die Verkehrswende hat die CDU gleich komplett abgewürgt.

Deshalb will ich mit einer Investitionsoffensive, die Weichen für ein Berlin stellen, dass seine Klimaziele erreicht, seine biologische Vielfalt schützt und bei der Verkehrswende wieder Fahrt aufnimmt.

Denn Grüne Finanzpolitik muss auch eine Antwort zur Bewältigung der Klimakrise sein.

Steuergerechtigkeit: Wir müssen über Einnahmen reden!

Beim Blick auf die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen wird schnell klar: Die öffentliche Hand hat ein Einnahmeproblem! Doch wer möchte darüber nicht reden? CDU-Finanzsenator Stefan Evers!

Dabei hat auch Berlin Hebel in der Hand: Anwohnerparkgebühren, Grunderwerbsteuer oder die konsequente Prüfung und Eintreibung von Steuern bei Einkommensmillionär*innen, Konzernen oder großen Erbschaften.

Und apropos Erbschaftssteuer: Durch unsoziale Steuergesetze verliert die Allgemeinheit jedes Jahr Milliarden Euro, z.B. bei der Besteuerung große Erbschaften und Immobilien. Davon profitiert stets das reichste Prozent der Bevölkerung. Ich will, dass Berlin im Bund wieder eine starke Stimme im Kampf für Steuergerechtigkeit wird.

Denn Grüne Finanzpolitik heißt auch die Verteilungsfrage zu stellen!

Gemeinsam gegen Rechten Terror

Aufgewachsen mit der alltäglichen Präsenz rechter Strukturen im Neuköllner Süden, habe ich viele Jahre antifaschistische Bündnisarbeit in Neukölln gemacht. Daher war es für mich eine sehr persönliche Arbeit, die ich in den letzten vier Jahren im Untersuchungsausschuss „Neukölln“ für unsere Fraktion leisten durfte. Diese Arbeit hat mich sehr geprägt – auch und gerade wegen des intensiven Austauschs mit den Betroffenen der Anschlagsserie. Jene, die sich tagtäglich für Demokratie, für Diversität und gesellschaftliches Miteinander engagieren, müssen sich darauf verlassen können, dass die Politik und Sicherheitsbehörden an ihre Seite stehen und ihre Sicherheit gewährleisten. Der Ausschuss hat die Defizite und Fehler der Berliner Behörden im Neukölln-Komplex klar aufgezeigt. Ich werde dafür streiten, dass die notwendigen Konsequenzen von der nächsten Regierung endlich angegangen werden.

Liebe Freund*innen, mit eurer Unterstützung kann ich diese Arbeit im Abgeordnetenhaus fortsetzen und bitte dafür um eure Stimme!

Euer André

Über mich

Geboren 1987 in Berlin-Neukölln
seit 2009 bei den Grünen aktiv

Im Abgeordnetenhaus

- seit 2021 Mitglied des Abgeordnetenhauses
- stellv. Fraktionsvorsitzender
- Sprecher für Finanzen und Haushalt
- Mitglied im Hauptausschuss
- Mitglied im Unterausschuss Vermögensverwaltung
- 2022-2026 Mitglied im Untersuchungsausschuss „Neukölln“

Vorherige Politische Arbeit, u.a.

2019-2021 Mitglied der BVV Neukölln
2010-2016 Vorstandssprecher KV Neukölln

Und sonst?

- Diplom-Mathematiker und Bachelor Wirtschaftswissenschaften
- Bis 2021 Referatsleiter in der Gesetzlichen Krankenversicherung Bereich Finanzen und Versicherung
- Mitglied bei ver.di und dem Nachbarschaftsheim Neukölln

Meldet euch gerne bei mir: andre.schulze@gruene-fraktion.berlin